

London

Krawalle, Krise und königliche Hochzeit



Dr. Andreas Hoeschen leitet die Außenstelle London seit September 2008. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1952 und hat zurzeit sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Jugendarbeitslosigkeit erreichte im November 2011 den Rekordstand von 1,16 Millionen: Mehr als 20 Prozent aller 16- bis 24-Jährigen befinden sich weder in einem Beschäftigungs- noch Ausbildungsverhältnis. Die allgemeine Arbeitslosenquote liegt bei 8,3 Prozent, ebenfalls ein Höchststand.

In seiner Neujahrsansprache 2011 äußerte Premierminister David Cameron die Erwartung, dass in den nächsten zwölf Monaten Großbritannien „wieder auf die Beine kommen“ werde. Stimmungsmäßig lief das Jahr nicht schlecht an. Durchaus passend zur nunmehr konservativen Führung des Landes trug dazu das Traditionsgut der britischen Gesellschaft bei: Im Februar gewann die einheimische Filmproduktion „The King’s Speech“, in der König George VI. sein Stottern überwindet, vier Oscars, und acht Wochen später beging sein Urenkel eine perfekt inszenierte und weltweit beachtete Prinzenhochzeit, die dem Volk einen zusätzlichen Feiertag bescherte. Im Mai bestätigte das Referendum über eine Wahlrechtsreform zum Unterhaus das gültige Mehrheitswahlrecht – ganz im Sinne der Konservativen. Die Hoffnung der Liberaldemokraten auf ein Abstimmungsverfahren, das stärker Proportionen berücksichtigt, wurde dagegen enttäuscht. Dadurch verschoben sich in der Regierungskoalition die Gewichte zulasten des liberalen Partners, der zudem deutliche Einbußen bei den zeitgleich stattfindenden Kommunal- und Regionalwahlen erlitt.

Auch außenpolitisch konnte sich der neue Premier im ersten Halbjahr profilieren. Gemeinsam mit Frankreichs Präsident Sarkozy ergriff er die Führungsrolle bei der militärischen Unterstützung des Aufstands gegen das libysche Gaddafi-Regime. Weniger erfreulich hingegen entwickelte sich für David Cameron der weitreichende Skandal um die News of the World, deren

ehemaliger Herausgeber zum Kommunikationschef der neuen Regierung ernannt worden war. Das Boulevardblatt des Medienkonzerns von Rupert Murdoch hatte offensichtlich systematisch Film- und Fernsehstars, Labourpolitiker sowie die Angehörigen von Verbrechenopfern und Kriegsgefallenen abhören lassen und sich mit Hilfe von Polizeikontakten weitere illegale Informationen beschafft. In der Folge wurde der zu Jahresbeginn entlassene Kommunikationschef verhaftet und Rupert Murdoch vor einen Parlamentsausschuss zitiert, der ihn zu seiner Verantwortung befragte. Die zeitgleich einsetzende öffentliche Diskussion über den Umgang des Murdoch-Konzerns mit seiner Medienmacht betrifft jedoch nicht nur die Verflechtungen der amtierenden Regierung mit dem einflussreichen publizistischen Unterstützer der Konservativen, da Murdoch in der Blair-Ära vorübergehend die Seiten gewechselt und „New Labour“ unterstützt hatte.

Negative Schlagzeilen dominierten die zweite Jahreshälfte: Im August brannten vier Nächte lang halbe Straßenzüge in London und anderen englischen Großstädten während der heftigsten Krawalle seit den 1980er Jahren. Die Ursachen sind bis heute umstritten. Erklärungsversuche reichen von einer durch Smartphones und soziale Medien technisch erleichterten spontanen Organisation eines kriminellen Mobs bis zu Analysen, die einen fortschreitenden Verfall sozialer Kohäsion ausmachen, insbesondere unter den von sozialem Ausschluss bedrohten Jugendlichen. Tatsächlich erreicht



die Jugendarbeitslosigkeit in England im November 2011 den Rekordstand von 1,16 Millionen. Mehr als 20 Prozent aller 16- bis 24-Jährigen befinden sich weder in einem Beschäftigungs- noch Ausbildungsverhältnis. Die allgemeine Arbeitslosenquote ist im Vereinigten Königreich ebenfalls deutlich angestiegen. Sie erreichte im Dezember mit 8,3 Prozent einen Höchststand seit 1996. Doch auch wer Arbeit hat, spürt die Krise. Das Jahr 2011 brachte den meisten Briten zum ersten Mal seit über 20 Jahren reale Lohnverluste: Den durchschnittlichen Lohnanstieg von 2,3 Prozent kehrte die Inflationsrate von knapp 5 Prozent ins Minus.

Finanzkrise dauert an

Eine schlechte Nachricht lieferte im Oktober der Bericht des Finanzministers George Osborne über die mittelfristigen Haushaltsperspektiven. Er musste einräumen, dass aufgrund des unerwartet geringen Wirtschaftswachstums unterhalb der Ein-Prozent-Marke die Neuverschuldung höher als erwartet ausfällt und die angestrebte Haushaltskonsolidierung innerhalb der laufenden Legislaturperiode nicht zu erreichen ist. Damit hat sich die ursprüngliche Projektion seines sogenannten Plan A als Ausweg aus

der Finanz- und Schuldenkrise nicht bestätigt. Dieser sah vor, die drastischen finanziellen Einschnitte im öffentlichen Sektor bereits in diesem Jahr durch eine Konjunkturbelebung im privatwirtschaftlichen Bereich auszugleichen. Ein Anstieg von Konsum und Beschäftigung sollte folgen. Dank Einsparungen und Wachstum sollte nach fünf Jahren der Anteil der Neuverschuldung den prozentualen Anstieg der Wirtschaftsleistung nicht mehr übertreffen, das strukturelle Haushaltsdefizit dadurch beseitigt sein.

Trotz dieser volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat sich die oppositionelle Labourpartei laut Meinungsumfragen bislang nicht als wirtschaftspolitisch kompetente Alternative

Mehr als eine Million Besucher aus aller Welt reisten für die Prinzenhochzeit nach London.

Hohe Forschungsleistung

Schwerer Stand für Deutsch

Studiengebühren verdreifacht

Reform der Hochschulfinanzierung

Promovieren im Ausland wird attraktiver



Bei den heftigsten Unruhen seit 30 Jahren wurden in London und anderen englischen Großstädten während vier Nächten im August 2.500 Geschäfte geplündert.

präsentieren können. Sie hatte den Sparkurs der Regierung eher graduell kritisiert und in der jetzigen Phase Wachstumsförderung vor Schuldenbegrenzung gefordert. Der Ansatz der Blair- und Brown-Ära, auf der Basis eines deregulierten Finanzkapitalismus eine expansive Sozialpolitik zu gestalten, hat in der Krise seine Überzeugungskraft verloren, ohne dass bereits ein neues Konzept nach „New Labour“ vorläge. Vielmehr scheint der neue Oppositionsführer Ed Miliband noch vollauf damit beschäftigt, parteiintern seine Autorität zu festigen.

In der öffentlichen Wahrnehmung hat seit Herbst 2011 die Eurokrise die binnenwirtschaftliche Entwicklung überstrahlt. Der drohende Staatsbankrott Griechenlands und die sich verschlechternde Finanzlage anderer südeuropäischer EU-Mitgliedstaaten gaben der britischen Regierung Gelegenheit, ihre restriktive Fiskalpolitik öffentlichkeitswirksam zu verteidigen. Dargestellt wird sie nun als alternativloser Halt vor dem finanzpolitischen Abgrund, in dem viele Beobachter von der Insel den Euro früher oder später unweigerlich verschwinden sehen. Doch auch mit Blick auf die eigenen Wachstumsprognosen wird die Entwicklung auf dem Kontinent aufmerksam zur Kenntnis genommen.

Das Vereinigte Königreich wickelt den größten Teil seines Außenhandels auf dem europäischen Binnenmarkt ab. Im Jahr 2008 gingen 57 Prozent aller Exporte in EU-Länder und 55 Prozent aller Importe kamen von dort. Diese Zahlen haben sich seither nur marginal verschoben. Dagegen nahm beispielsweise China als Zielland für britische Güter mit nur 2 Prozent den gleichen Rang ein wie die Schweiz. Auch als Einfuhrland bewegt sich China mit 8 Prozent aller Importe in einer eher mittleren Größenordnung. Aus ökonomischer Sicht steht demnach außer Frage, dass die Beziehung Großbritanniens zu seinen europäischen Partnerländern oberste Priorität besitzt. Die britische Volkswirtschaft ist weiterhin dadurch geprägt, dass das produzierende Gewerbe eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielt. Lediglich um die 12 Prozent des britischen Bruttoinlandsprodukts werden durch Warenfertigung erwirtschaftet, während etwa 75 Prozent auf den Dienstleistungssektor entfallen, hierunter mehr als 10 Prozent in den Banken vor allem der City of London – nach New York dem weltweit zweitgrößten Finanzplatz.

Zwar unterschreitet die volkswirtschaftliche Relevanz des Finanzsektors anteilmäßig die

wesentlich beschäftigungsintensivere Industrie, dennoch beeinflusst der Finanzsektor direkt die britische Europapolitik: Am 8. Dezember stimmte Cameron gegen die von den übrigen 26 EU-Mitgliedsländern unterstützte Vertragsänderung zur Finanzregulierung. Er begründete das von einem britischen Premierminister erstmalig eingesetzte Veto – das faktisch jedoch einen Selbstausschluss bedeutet – mit dem vorrangigen nationalen Interesse, den Finanzstandort London zu schützen.

Auch innenpolitische Gründe dürften diese Entscheidung mitbestimmt haben, die einer Umfrage zufolge knapp 60 Prozent der Briten gutheißen. Ende Oktober erlebte Cameron eine Revolte der eigenen Fraktion. Gegen seinen erklärten Willen stimmte eine beachtliche Minderheit von 83 konservativen Parlamentariern dafür, eine Volksabstimmung über die Zukunft Großbritanniens in der EU anzubereiten. Vor allem aber hatte sich die konservative Parteiführung selbst vor der Wahl im Mai 2010 unmissverständlich für ein Referendum ausgesprochen, sollte der im Jahr 2008 durch die damalige Labourparlamentsmehrheit ratifizierte Lissabon-Vertrag nochmals abgeändert werden. Außerdem bekennt sich der Premierminister zur generellen Parteilinie, längerfristig Kompetenzen von Brüssel nach London zurückzuholen, keinesfalls aber weitere Souveränitätsrechte abzutreten. Vor diesem Hintergrund wurde das Veto zur Vertragsänderung im Land zwar kontrovers und vom liberalen Koalitionspartner mit deutlicher Distanzierung, jedoch ohne Überraschung aufgenommen. Die europakritische Presse stellte Überlegungen an, ob vielleicht Großbritannien als EFTA-Staat im Binnenmarkt, aber außerhalb der politischen Union besser gestellt wäre. Pro-europäische Stimmen hingegen befürchteten, dass sich ein verminderter britischer Einfluss in einem Europa der „zwei Geschwindigkeiten“ auch auf die eigenen ökonomischen Perspektiven negativ auswirken würde.

Alleingang Schottlands?

Nicht nur die Zukunft Großbritanniens in Europa erscheint Ende 2001 offener denn je. Der Fortbestand der Union von England, Wales, Schottland und Nordirland selbst steht plötzlich infrage. Bei den Regionalwahlen zum schottischen Parlament gewann die Scottish National Party (SNP), die bisher eine Minderheitsregierung gebildet hatte, erstmals die absolute Mehrheit der Mandate. Ihr selbstbewusster Führer Alex Salmond kündigte bald darauf an, ein Referendum über die von der SNP angestrebte Unabhängigkeit abhalten zu wollen. Stattfinden soll es im Jahr 2014 – passend zum 700-jährigen Jubiläum der Schlacht von Bannockburn, bei der ein englisches Heer vom schottischen König Robert Bruce vernichtend geschlagen wurde. Das innerhalb der Legislaturperiode spät angesetzte Datum verdankt sich wohl nicht nur historischen Sentimentalitäten. In aktuellen Umfragen unterstützt nur etwa ein Drittel der Schotten die Forderung nach der Loslösung Schottlands aus dem Vereinigten Königreich. Diese Zahl könnte steigen, je mehr sich der schottische Landesteil von der konservativen Führung des Gesamtstaats entfremdet fühlt. Bei den letzten Unterhauswahlen konnte die Partei David Camerons nur einen einzigen der 59 schottischen Wahlkreise gewinnen, bei den Regionalwahlen erreichte sie einen Stimmenanteil von weniger als 14 Prozent. Die eher sozialdemokratisch orientierte SNP verknüpft die Vision eines unabhängigen Schottland mit der Anlehnung an die Gesellschaftsmodelle der skandinavischen Nachbarländer und stellt gesellschaftspolitische Differenzen zu der durch London dominierten englischen Haus- und Grundbesitzerdemokratie in den Vordergrund.

Welche Konsequenzen eine Auflösung der 1707 geschlossenen Union zwischen England und Schottland hätte, ist völlig offen. Lediglich die fortgesetzte Regentschaft von Queen Elizabeth II. über einen dann souveränen schottischen Staat



Ab 2012/2013 wird die staatliche Grundfinanzierung der Lehre zurückgefahren – teilweise bis auf null. Im Gegenzug dürfen die englischen Universitäten Studiengebühren von bis zu 9.000 Pfund pro Jahr erheben. Das ist fast dreimal mehr als bisher.

gilt als unumstritten. Ob Schottland das Pfund Sterling behalten dürfte, oder – wie der britische Finanzminister George Osborne drohte – gezwungen werden könnte, der Eurozone beizutreten, bleibt fraglich. Unklar ist auch, welche Verbindlichkeiten aus der Schuldenmasse Großbritanniens Schottland zufielen und wie tragfähig die Einnahmen aus dem Nordseeöl als Basis für eine prosperierende schottische Volkswirtschaft wären. Der fortbestehende Rest des Vereinigten Königreichs und das dann weitestgehend englische Parlament in Westminster hätten vermutlich die Aufgabe, sich neu über konstitutionelle Grundlagen zu verständigen. Sicher ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt allein, dass die britische Regierung ein Referendum nicht blockieren wird. Einmischen will sie sich gleichwohl in die Terminsetzung und die genaue Fragestellung. Einsatz für den Erhalt der Union ist auch von der oppositionellen Labourpartei zu erwarten, die ohne ihre traditionell starke schottische Wählerbasis kaum Aussicht hätte, in absehbarer Zeit wieder einen Premierminister in die Downing Street zu entsenden.

Große Finanzreform der Hochschulen

2011 bereiteten sich die englischen Universitäten auf die bald in Kraft tretende Reform der Hochschulfinanzierung vor. Nach Einschätzung des Oxforder Historikers Howard Hotson ist sie „das radikalste Experiment, dem jemals ein größeres Hochschulsystem in der modernen Welt unterzogen worden ist“. Ab 2012/2013 wird die staatliche Grundfinanzierung der Lehre stufenweise zurückgefahren. Die geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen erhalten nach jetzigem Planungsstand keine Mittel mehr, laborkostenintensive und strategisch hoch bedeutsame Fächer einen noch nicht genau definierten Restbetrag. Im Gegenzug dürfen die englischen Universitäten für das grundständige Studium Gebühren von bis zu 9.000 Pfund pro Studienjahr erheben.

Das ist fast dreimal mehr als die gegenwärtige Obergrenze zulässt. Sozialverträglichkeit will der Staat gewährleisten, indem er Studierenden die Gebühren durch zinsgünstige Vollkreditdarlehen vorstreckt, die erst ab einem späteren Mindesteinkommen von 21.000 Pfund im Jahr getilgt werden müssen. Schottische Universitäten erheben hingegen weiterhin keine Studiengebühren für Landeskinder und EU-Bürger, wohl aber für Studierende aus England.

Die Regierung – insbesondere Hochschulminister David Willetts – geht davon aus, dass der Systemwechsel zu einem weitestgehend gebührenfinanzierten Hochschulsystem mehr Effizienz und Rationalität auf allen Seiten mit sich bringen wird. Die Studierenden würden das Studium künftig vorrangig als renditeträchtige Investition in ihre Zukunft betrachten und der für sie richtigen Studienwahl noch mehr Aufmerksamkeit schenken. Die Universitäten wären gezwungen, Kundenzufriedenheit als obersten Leitwert zu beachten. Sie müssten angesichts verschärfter Konkurrenz unablässig an der Verbesserung ihrer Produkte arbeiten. „Wir wollen die Kräfte des Konsums entfesseln“, brachte David Willetts seine Position in einem Beitrag für die Fachzeitschrift Times Higher Education auf den Punkt. Hunderte Professoren protestierten darauf gegen die Reform im Manifest „In Defence of Public Higher Education“. Die Kritiker halten Willetts entgegen, dass die englischen Universitäten gerade dank der Verbindung von öffentlicher Finanzierung und autonomer akademischer Steuerung sehr erfolgreich gewesen seien und auch deshalb eine so hohe internationale Reputation hätten. Dies werde aufs Spiel gesetzt, wenn zukünftig allein die unsichtbare Hand des Gebührenmarktes darüber entscheiden solle, welche Fächer wo studiert werden können, wie die Zukunft der Wissenschaften in England aussehen wird.

Während die akademische Welt noch diskutierte, mussten die Hochschulleitungen handeln. Wie

erwartet, beschlossen die meisten englischen Universitäten, für sämtliche grundständigen Angebote demnächst 9.000 Pfund zu fordern – darunter alle forschungsorientierten Hochschulen der Russell Group und der 1994 Group. Nur eine Minderheit – vornehmlich frühere polytechnische Hochschulen – planen mit etwas niedrigeren Gebühren, die sich größtenteils zwischen 7.500 und 8.500 Pfund bewegen. Auf diese zumeist schon im Frühjahr getroffenen Entscheidungen antwortete Ende Juni das lang erwartete hochschulpolitische „White Paper Higher Education“ der Regierung. Darin wird die Vision einer konsumentenorientierten Nachfragesteuerung durch das neue Hochschulfinanzierungsmodell größtenteils wiederholt und bekräftigt. Zusätzlich ließ David Willetts aber die Zulassungsregeln modifizieren, um mehr Wettbewerb unter den Universitäten anzuregen. So dürfen ab 2012/2013 die englischen Universitäten über ihr vorgegebenes Kontingent an Studierenden hinaus frei um bestimmte Gebührenzahler konkurrieren: britische Abiturienten mit Bestnoten. Außerdem sollen insgesamt bis zu 20.000 zusätzliche Studienplätze solchen Universitäten zugutekommen, die Studiengebühren unter 7.500 Pfund pro Jahr verlangen. Langfristig folgenreicher für die Wettbewerbssituation wird vermutlich eine andere im „White Paper“ angekündigte Absicht sein: Private und darunter auch profitorientierte Bildungsanbieter sollen nach entsprechender Qualitätsprüfung Universitätsstatus erhalten. Somit profitieren ihre Studierenden ebenfalls vom staatlich vorfinanzierten und garantierten Darlehenssystem. Kalkül dabei ist, den Wettbewerb um das attraktivste Lehrangebot bei niedrigsten Preisen zu befördern. Diese private Konkurrenz könnte vor allem die öffentlich finanzierten Universitäten mit einem Schwerpunkt in der Lehre und eher geringen Forschungsmitteln betreffen und in Bedrängnis bringen – voraussichtlich vor allem um Studierende der Betriebswirtschaftslehre und der Rechtswissenschaft.

PROMOVIEREN UND FORSCHEN IN DEUTSCHLAND

„Research in Germany – Land of Ideas“ – unter diesem Kampagnendach präsentierten sich 15 deutsche Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie DAAD, Alexander von Humboldt-Stiftung und Deutsche Forschungsgemeinschaft am 22. September auf der 5. Naturejobs Career Expo in London. Mehr als 1.000 Graduierte aus den Naturwissenschaften besuchten diese eigens für sie konzipierte Karrieremesse.

Über 50 Nachwuchswissenschaftler britischer Universitäten informierten sich zusätzlich über das strukturierte Doktorandenstudium an deutschen Hochschulen. Der Workshop entstand in Zusammenarbeit der DAAD-Außenstelle und dem DAAD-Forschungsmarketing mit den Graduiertenschulen der Universitäten Freiburg, Mainz und Münster.

Ob die Bilanz von staatlichen und privaten Investitionen in das englische Hochschulsystem gemessen am jetzigen Stand positiv oder negativ ausfallen wird, ist noch nicht abschätzbar und weithin umstritten. In jedem Fall wird es unter den Universitäten Gewinner und Verlierer geben und die englische Hochschullandschaft sich noch stärker differenzieren.

Moderater Bewerbersrückgang

Als die zentrale Zulassungsstelle für alle britische Universitäten (UCAS) zu Jahresende die vorläufigen Bewerberzahlen für das Studienjahr 2012/2013 veröffentlichte, gab es einen ersten Hinweis darauf, wie sich die höheren Studiengebühren auf die Studierwilligkeit auswirken: Im Vergleich zu 2010 sank die Zahl der britischen Bewerber im grundständigen Studium um 15 Prozent – mit überproportional weniger Studierwilligen über 25 Jahre. Die Zahl der Bewerber aus der EU ging um 13 Prozent zurück, während sich aus dem nichteuropäischen Ausland fast 12 Prozent mehr Studieninteressierte bewarben. Für Letztere ist die bevorstehende Gebührenerhöhung allerdings irrelevant, da sie bereits jetzt weit mehr als Briten und EU-Bürger für das Studium bezahlen müssen. Der Rückgang britischer Bewerber ist vergleichsweise moderat, berücksichtigt man, dass die Bewerberzahl für das vorausgegangene Studienjahr – letztmalig noch zum alten Gebührentarif – um gut 10 Prozent höher lag als in den Vorjahren. Gemessen an der Gesamtzahl der



Neben der Sprachbarriere spricht die Rekrutierungspraxis britischer Unternehmen gegen ein Studium im Ausland. Viele interessieren sich mehr dafür, an welcher britischen Universität die Bewerber studiert haben, als dafür, um welches Fach es sich handelte.

von der Hochschulfinanzierungsbehörde kontingentierten Studienplätze besteht weiterhin kein Nachfragemangel. Ob dies aber auch für die einzelnen Institutionen und Fächergruppen zutrifft, bleibt abzuwarten.

Trotz höherer Kosten ist das Interesse, ein Studium an englischen Universitäten aufzunehmen, relativ stabil. Eine Erklärung lautet vermutlich, dass es kaum eine Alternative von hochwertigen Ausbildungsangeboten im beruflichen Bereich gibt. Ebenso ist das Ausland keine Option für die Masse der englischen Studieninteressierten. Neben den Sprachbarrieren spricht die enge und eigentümliche Beziehung zwischen dem differenzierten britischen Hochschulsystem und dem heimischen Arbeitsmarkt gegen ein grundständiges Studium im Ausland. Unternehmen aus dem Finanz- und Dienstleistungsbereich interessieren sich auch heute noch mehr dafür, an welcher britischen Universität die Bewerber studiert haben, als dafür, um welches Fach es sich handelte.

Anders könnte sich die Neigung zum Auslandsstudium unter britischen Nachwuchswissenschaftlern entwickeln, die einen Masterabschluss oder die Promotion im Blick haben. Die postgradualen Studienangebote englischer Universitäten werden sich nach Voraussagen aller Hochschulexperten ebenfalls deutlich verteuern. Es fällt auch hier die – allerdings immer schon wesentlich geringere – staatliche Grundfinanzierung weg. Außerdem wird die Finanzierung von Promotionsplätzen durch die staatlichen Forschungsförderorganisationen – sieben nach Disziplingruppen geordneten Research Councils – weitgehend auf Großprojekte reduziert. Dadurch könnten die Angebote deutscher Hochschulen im Bereich Master und Promotion deutlich an Attraktivität für Briten und mehr noch für internationale Studierende im Vereinigten Königreich gewinnen, die eine Forscherkarriere einschlagen wollen.

Forschungsstandort Großbritannien

Attraktive Bedingungen für Nachwuchswissenschaftler sind aus britischer Sicht eine Herausforderung, die für die Zukunft des Forschungsstandorts von großer Bedeutung ist. Die vom zuständigen Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie „International Comparative Performance of the UK Research Base 2011“ kommt zu einem insgesamt sehr positiven Ergebnis: Großbritannien ist Weltmeister, was Forschungsproduktivität angeht. An den Universitäten und Forschungsinstituten des Landes werden mehr Aufsätze pro Forscher geschrieben und mehr Zitationen pro Aufsatz generiert als in jeder anderen Wissenschaftsnation. Außerdem gelingt dies zu vergleichsweise geringen Kosten. Großbritannien wendet nicht nur in absoluten Zahlen weniger für Forschung und Entwicklung auf als seine internationalen Hauptkonkurrenten USA, Deutschland, China und Japan, sondern auch relativ zum durch Publikationen und Zitationen messbaren Forschungsertrag. Gleichzeitig warnt die Studie vor Nachwuchsmangel: Forscher aus unterschiedlichen Disziplinen berichteten in Interviews im Rahmen der Studie von wachsenden Schwierigkeiten, hochqualifizierte Nachwuchswissenschaftler zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund warten die Universitäten mit großem Interesse auf die Grundlinien der Forschungspolitik, die in einem für das Jahr 2012 angekündigten „White Paper“ der Regierung dargestellt werden sollen. Hoffnungen richten sich auf die Förderung des Nachwuchses. Mehr Studierende als bisher sollen internationale Erfahrung sammeln, wie Wirtschaftsminister Vince Cable und sein ihm untergeordneter Hochschulminister David Willetts mehrfach bekräftigt haben. Universitätsvertreter und British Council setzen sich dafür ein, dass die Regierung ihre flankierende finanzielle Unterstützung für den Erasmus-Austausch aufrechterhält. Bislang kompensiert das staatliche

Erasmus-Fee-Waiver-Programm die an der britischen Heimatuniversität anfallenden Studiengebühren für ein Erasmus-Auslandsjahr. Noch ist ungeklärt, ob oder mit welcher Einschränkung diese Regelung ab 2012/2013 aufrechterhalten wird, wenn die dreifachen Gebühren fällig werden. Diese Entscheidung betrifft sowohl das Mobilitätsverhalten der Studierenden als auch die Entwicklung der Studienangebote und die Nachfrage. Ein Bachelorstudiengang in den Fremdsprachenphilologien etwa enthält ein obligatorisches Auslandsjahr, dauert vier Jahre und würde ohne Studiengebührenkompensation deutlich teurer sein als die meisten anderen Abschlüsse. Wenn also auch klar ist, dass mit dem nächsten Jahr ein struktureller Umbruch im englischen Hochschulsystem bevorsteht, bleibt auf vielen Feldern noch offen, welche Richtung er nehmen wird.

Grenzüberschreitende Hochschulkooperationen

Zu den Kernaufgaben der Außenstelle London gehört es, unter den Nachwuchswissenschaftlern britischer Universitäten für Studium und Forschung in Deutschland zu werben und die institutionelle Zusammenarbeit der Hochschulen beider Länder zu fördern. Beide Aktivitäten haben angesichts der aktuellen hochschulpolitischen Entwicklungen an Bedeutung gewonnen. Das Londoner Team beteiligte sich unter anderem an fünf Postgraduiertenmessen sowie der von der Deutschen Botschaft organisierten „Think German Career Fair“ und informiert seit 2011 über die sozialen Medien im Internet. Außerdem organisierte es hochschulpolitische Informationsveranstaltungen für Mitarbeiter Akademischer Auslandsämter aus Deutschland im Rahmen eines Seminars der Internationalen DAAD-Akademie (iDA).

Ein Höhepunkt war die im Juni von der DAAD-Außenstelle gemeinsam mit der Kulturabteilung



der französischen Botschaft und der ESCP Europe organisierte Konferenz zur britisch-deutsch-französischen Hochschulkooperation in den Wirtschaftswissenschaften. Mehr als 70 britische Universitätsvertreter beteiligten sich an der Diskussion, die den Mehrwert von internationaler Erfahrung für Absolventen der Wirtschaftswissenschaften fokussierte. Auf den Panels, die institutionelle Internationalisierungsstrategien, die Ausgestaltung von erfolgreichen Austauschprogrammen und die Perspektive der Wirtschaft selbst thematisierten, sprachen unter anderem Nina Lemmens (Abteilung Internationalisierung und Kommunikation DAAD), Simon Williams (Abteilung EU-Programme beim British Council), Pierre Tapie (Conférences des grandes écoles), John Edwards (Aston University), David Marsh (German-British Forum), Andreas Zaby (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin), Baldur Veit und Julia Brüggemann (Hochschule Reutlingen). Die Generalsekretärin der britischen Rektorenkonferenz (Universities UK), Nicola Dandridge, leitete die Konferenz mit einem klaren Plädoyer für bessere Mobilitätsbedingungen britischer Graduierte ein: Gerade Wirtschaftswissenschaftler müssten auf die internationalen Anforderungen in der modernen Wissensgesellschaft angemessen vorbereitet werden.

Deutsch zwischen Schule und Universität

Die Germanistik in Großbritannien steht weiterhin vor großen Herausforderungen. Wie alle geisteswissenschaftlichen Fächer in England >

Hochschulzusammenarbeit und Mobilität sind die Schlüsselthemen der deutsch-französisch-britischen Konferenz zur Internationalisierung der Wirtschaftswissenschaften (London, 23. Juni 2011).

WANDERLUST – DAAD ART EXHIBITION



„Wanderlust“ lautete 2011 der Titel der DAAD Art Exhibition im Londoner East End. Die Ausstellung ist für die deutschen Jahresstipendiaten im Bereich Kunst, Design und Architektur ein Höhepunkt ihres Aufenthalts. Vom 1. bis 6. Oktober präsentierten die Stipendiaten zahlreichen Besuchern ihre Arbeiten und gaben ihnen einen Einblick, wie Kunst aussieht, die aus Fernweh und der Erfahrung einer neuen Umgebung entsteht.

Mit mehr als 40 Lektoren an germanistischen Instituten und Universitätsabteilungen mit Deutschbezug unterstützt der DAAD die deutsche Sprache in der britischen Wissenschaftswelt.

muss sie sich darauf einstellen, dass die staatliche Grundfinanzierung ihrer Lehre komplett entfallen wird. Im gesamten Vereinigten Königreich schwindet zudem weiterhin der Nachwuchs aus dem sekundären Bildungssektor. Der DAAD unterstützt die Präsenz der deutschen Sprache in der britischen Wissenschaftswelt durch die Förderung von derzeit mehr als 40 DAAD-Lektoren an germanistischen Instituten und weiteren Universitätsabteilungen mit Deutschbezug. 2011 beteiligten sich die DAAD-Lektoren mit einer Fülle von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen an der „Outreach for German“-Initiative der DAAD-Außenstelle. Ziel dieser Kampagne war, den Kontakt zwischen der universitären Germanistik und Schulen zu unterstützen und exemplarische Aktionsformen zu entwickeln, um Schüler für das Deutschstudium zu interessieren. Auf der im November von der Außenstelle zusammen mit dem Goethe-Institut organisierten Abschlusskonferenz zogen um die 50 Deutschlehrer, Schulleiter und Professoren sowie DAAD-Lektoren Bilanz und diskutierten die Möglichkeiten einer nachhaltigen Vernetzung der Deutschbereiche von Schulen und Hochschulen. Tagungsort war – ganz im Sinne des Postulats der Mehrsprachigkeit – die Repräsentanz der Europäischen Kommission in London.

Ebenfalls im November bot sich den deutschen Kulturmittlern eine besondere Gelegenheit, im bildungsautonomen Schottland für die deutsche Sprache zu werben. Auf Initiative und eingeleitet vom deutschen Generalkonsul Wolfgang Mössinger berichteten die DAAD-Außenstelle London, das Goethe-Institut Glasgow und die Jugendaustauschorganisation UK-German Connection im schottischen Parlament über ihre Arbeit. 15 Parlamentarier und Vertreter schottischer Bildungsorganisationen ließen sich informieren und bekräftigten ihre Unterstützung für die Bestandssicherung von Deutsch als Fremdsprache im nördlichen Landesteil Großbritanniens.

Zum Jahresabschluss im Dezember versammelten sich DAAD-Alumni, Auswahlkommissionsmitglieder und andere Freunde des DAAD in London. Gastredner war der Publizist und britische Europaexperte Misha Glenny. Auf dem Fest wurden die Gewinner der jährlichen DAAD-Competition gekürt. Gefragt waren die studentischen Teilnehmer danach, wie sie sich Deutschland im Jahr 2051 vorstellen. Die Antworten zeigten ein breites Spektrum von Zukunftspantasien. Sie reichten von einer Vision der Vereinigten Staaten Europas, in denen deutsche Sprache und Kultur einen Aufschwung erleben, über das andere Extrem eines post-europäischen Deutschlands bis hin zu einer ökologischen Utopie, in der das Leben sich in technisch hochentwickelten Solarsiedlungen abspielt und Berlin zu einer Geisterstadt verfällt. Was sich hier spielerisch im Science-Fiction-Genre erproben ließ, wird 2012 eine wichtige Aufgabe der Außenstelle London bleiben: den Dialog mit Studierenden, Nachwuchswissenschaftlern und Forschern über die deutsch-britische und die gemeinsame europäische Zukunft anzuregen und zu fördern. <<

Tabelle 23 : Statistischer Überblick Großbritannien 2011

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	243.610 km ²
Bevölkerungszahl	62,218 Mio.
Frauen	51 %
Männer	49 %
Bevölkerungsdichte	257 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum	0,7 %
2. Wirtschaftsdaten	
BIP*	2.248 Mrd.
BIP pro Kopf*	38.370
Anteil am globalen BIP	3,57 %
Knowledge Economy Index (KEI)	9,1 / Rang 7
Wirtschaftswachstum	0,5 %
Inflation	4,7 %
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsetat 2010 in GBP	88,3 Mrd.
Forschungs-Etat 2010/11 in GBP	4,6 Mrd.
Hochschultypen	179
Universitäten	115
Colleges of Higher Education	64
Anzahl der Universitäten	
staatlich	114
privat	1
Anzahl Hochschullehrer	181.185
davon ordentliche Professoren	17.465
Eingeschriebene Studierende 2010/11	2.501.295
an staatlichen Institutionen	2.499.960
an privaten Institutionen	1.335
Frauenanteil	56 %
Anteil ausländischer Studierender	16,28 %
Studierende der Naturwissenschaften	41 %
Studierende der Geisteswissenschaften	59 %
Abschlüsse 2010	716.935
Other undergraduate degrees	139.750
Bachelor's Degree	350.860
Master's Degree	207.570
Doctorate	18.755
Professional Degree	k.A.
Studiengebühren / Studienjahr in GBP	
an staatlichen Institutionen	3.290
Ausländische Studierende gesamt	455.600
nach Herkunftsländern:	
1. China	13,3 %
2. Indien	8,9 %
3. USA	5,2 %
4. Deutschland	4,3 %
5. Frankreich	4,1 %

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS 2009	18.519
davon in Deutschland	7 %

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende ¹	
1. USA	8.558
2. Frankreich	2.580
3. Irland	2.184
4. Australien	1.674
5. Deutschland	1.260
Erasmus Participation 2009	
Erasmus Inward	16.065
Erasmus Outward	7.429

* Angaben in US-Dollar

¹ nach dem „Atlas of Student Mobility 2009“

Quellen:

- ▶ <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=RGRADSTY>
- ▶ <http://www.iie.org/en/Services/Project-Atlas/United-Kingdom>
- ▶ http://www.hesa.ac.uk/index.php?option=com_content&task=view&id=1897&Itemid=239
- ▶ <http://www.hesa.ac.uk/content/view/2355/393/>
- ▶ http://www.ukpublicspending.co.uk/education_budget_2010_2.html
- ▶ <http://www.universitiesuk.ac.uk/Publications/Pages/Highereducationinfactsandfigures-Summer2011.aspx>
- ▶ <http://www.bis.gov.uk/assets/biscore/science/docs/a/10-1356-allocation-of-science-and-research-funding-2011-2015.pdf>
- ▶ www.direct.gov.uk

**Tabelle 24 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Großbritannien**

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	D	766
	A	241
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	115
	A	155
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	430
	A	68
davon Doktoranden	D	169
	A	38
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	221
	A	18
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	158
	A	97
2–6 Monate	D	134
	A	106
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	474
	A	38
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	348
	A	36
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	58
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	151
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	84
Praktikanten	D	61
	A	71
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	18
II. Projektförderung – gesamt	D	590
	A	265
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	441
	A	149
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	126
	A	46
davon Doktoranden	D	60
	A	23
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	23
	A	70
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	207
	A	231
2–6 Monate	D	329
	A	26
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	54
	A	8
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	446
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	57
	A	
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	23
Austausch in Projekten (PPP)	D	31
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	D	1.356
	A	506
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		1.862
1. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	D	3.053
	A	
2. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	D	1.115
	A	
3. ERASMUS-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	D	273
	A	17